

Darmstadt links

PDS/DKP

Offene Liste Darmstadt

Informationen der
Stadtverordnetenfraktion

Ausgabe September 2002



Sozialamt

Im Tal der Ahnungslosen

In Paragraph 8 des Wohngeldgesetzes sind die Mietobergrenzen festgelegt, die bei der Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt zur Beurteilung der "angemessenen" Kosten der Unterkunft herangezogen werden. Das Sozialamt kann die zu "hohen Mietbeihilfen" dann auf diesen Höchstsatz absenken. Da sich gleich mehrere Darmstädter Bürgerinnen und Bürger mit diesem Problem an uns gewendet haben, wollte unser Stadtverordneter Rainer Keil näheres wissen, startete eine kleine Anfrage und erfuhr Nichts!

Hintergrund: Betroffene dieser Kürzungspraxis sind vorwiegend Menschen, die sich von ihrem Partner getrennt haben, deren Kinder die elterliche Wohnung verlassen haben oder alte Menschen. Sie haben eines gemeinsam: Ihre Wohnung ist jetzt für sie als alleinstehende Person zu groß und für das Sozialamt zu teuer. Einem/r alleinstehenden Sozialhilfeempfänger/in steht nur noch eine Einraumwohnung (oder Eineinhalbzimmerwohnung) bis ca. 48 qm zu. Diese Wohnung darf in Darmstadt höchstens 285 Euro inkl. Nebenkosten (ohne Heizkosten) kosten.

Das Sozialamt setzt in diesen Fällen dann eine Frist, in der die oder der Betroffene dann nachweisen muss, dass er/sie sich um eine entsprechende Wohnung bemüht. Ansonsten wird die Mietbeihilfe vom Sozialamt auf den oben genannten Höchstsatz gesenkt. Lapidarer

Satz in einem Schreiben des Sozialamtes: "Da sich der Wohnungsmarkt deutlich entspannt hat, dürfte es Ihnen bei intensiven Bemühungen möglich sein, eine entsprechende Wohnung zu finden".

In der kleinen Anfrage vom 16.04.2002 an den Magistrat wollte unsere Fraktion nun wissen, ob dies Einzelfälle sind, welche Folgekosten (Umzugskosten, Kautionen, Renovierungskosten) entstehen und welche Hilfen das Sozialamt den betroffenen Menschen denn anbietet, eine solch "angemessene" Wohnung zu finden. Die Antwort von Sozialdezernentin Diekmann ließ dann aber erst einmal auf sich warten. Es seien "umfangreiche Recherchen erforderlich". Gut einen Monat später schreibt Frau Diekmann dann, "das in der Sozialverwaltung eingesetzte Datenverarbeitungsprogramm"

(...) sei für "statistische Zwecke nur äußerst bedingt zu gebrauchen". Man konnte (oder wollte?) nicht einmal über die genaue Anzahl der Fälle, in denen die Mietbeihilfe abgesenkt wurde, Angaben machen.

Immerhin war dem Schreiben der Sozialdezernentin zu entnehmen, dass sie es für möglich hält, in Darmstadt eine Wohnung für 285 Euro zu finden, "die Praxis zeige dies". Bei der Wohnungssuche hilft das Sozialamt durch "Bekanntgabe von Anschriften hiesiger Wohnungsbaugesellschaften".



Rainer Keil
Stadtverordneter der PDS-DKP/OL
Vorsitzender der DKP Darmstadt

*Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Dies ist die erste Ausgabe unserer
Fraktionszeitschrift "Darmstadt
links".*

*Wir wollen Sie hier in regelmäßigen
Abständen über Aktivitäten, Initiati-
ven und Standpunkte der Stadtver-
ordnetenfraktion PDS-DKP/Offene
Liste informieren und zur Diskus-
sion einladen. Die gemeinsame Liste*

Fortsetzung Seite 8

Inhalt:

Geplante Abschiebung in
Darmstadt....**S.2**

Abwasser - Die Unendliche
Geschichte....**S.3**

Das Herodes- Syntrom....**S.4**

E.ON will Ruhrgas....**S.5**

Geschichte Aufarbeiten -
Hindenburgstraße....**S.6**

Stadt Darmstadt unterstützt
Geschichtsrevisionisten....**S.7**

Prestigeobjekt
Kongresszentrum....**S.8**

Fortsetzung v. S. 1 "Sozialamt"

Vielen Dank auch, kann man da nur sagen!

Ob rot/grün oder gelb/schwarz, man ist einig darin den Druck auf Arbeitslose zu erhöhen, jede Arbeit anzunehmen, sei es auch zu Hungerlöhnen. Die Diskussion um die geplante Verzahnung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zeigt dies, ebenso der geplante Ausbau des so genannten "Niedriglohnssektors". Ideenreich ist die Verwaltung auch, wenn es um

Einsparungen im sozialen Bereich geht wie unser Beispiel beweist. Hier hält man sich an die Schwächsten, wohl wissend, dass sie keine Lobby besitzen.

Weitere Infos, die kleine Anfrage und die Antwort der Sozialdezernentin finden Sie auf unserer Internetseite.

Haben Sie ähnliche Probleme gehabt? Bitte melden Sie sich bei der Stadtverordnetenfraktion per E-Mail oder telefonisch. Die entsprechenden Adressen finden Sie im Impressum.

kurz berichtet 1

Teuro auch bei der Stadt Darmstadt

Auch die Stadt Darmstadt hat die Umstellung auf den Euro zu Gebührenerhöhungen genutzt. Bei der Umstellung von Ortsrecht auf Euro wurden einige Positionen eins zu eins umgestellt. Wir haben dies in der Stadtverordnetenversammlung kritisiert, wurden allerdings von der Rot-Grünen Mehrheit überstimmt, die CDU enthielt sich der Stimme.

Geplante Abschiebung in Darmstadt

Recht und Gesetz?

In Darmstadt sollte Ende Mai eine Mutter mit ihren beiden Kindern in den Iran abgeschoben werden. Die beiden Kinder, 13 und 14 Jahre alt, gehen in Darmstadt auf die Georg-Büchner-Schule und sind voll integriert.

Schon im November 2001 wurde Frau Masarrats Aufenthaltsgenehmigung nicht verlängert, und sie erhielt eine so genannte "Grenzübertrittsbescheinigung", was bedeutet, dass sie die BRD bis Ende November 2001 zu verlassen hat. Aufgrund zahlreicher Initiativen (u.a. einer Resolution von über 1000 Schülerinnen und Schülern des GBS) wurde eine "Duldung" ausgesprochen und die drohende Abschiebung zunächst abgewendet. Unsere Stadtverordnetenfraktion hat sich in einer kleinen Anfrage für die Familie Masarrat eingesetzt. Ansatzpunkt war ein von der Stadtverordnetenversammlung beschlossener Antrag, in dem Maßnahmen für ein "weltoffenes und liberales Darmstadt" beschlossen wurden. In seiner Antwort auf unsere Anfrage beschränkte sich Bürgermeister Knechtel vor allem darauf, den den bekannten Sachstand nochmals zu schildern. Knechtel führt aus: "Kommunalpolitische Proklamationen eines weltoffenen

und liberalen Darmstadts können nicht dazu führen, das geltende Ausländergesetz außer Kraft zu setzen".

Was ist dann aber noch vom Anspruch "...moderne Migrations- und Integrationspolitik [als] Querschnittsaufgabe der gesamten Verwaltung..." zu halten, von dem im Antrag des Stadtrats die Rede ist?

**kein
mensch
ist
illegal**

Auf dem Papier werden große Ansprüche formuliert, in der kommunalpolitischen Praxis ist man aber bereit, eine Frau mit ihren Kindern, die ihre Heimatsprache kaum noch sprechen, in den Iran abzuschicken. In dem zitierten Antrag werden eine Reihe von Maßnahmen zur Integration gefordert, in

der politischen Praxis soll eine Familie, die in allen Belangen voll integriert, ist abgeschoben werden. Frau Masarrat, die im Iran gegen das dortige Regime politisch aktiv war, würde im Iran völlig mittellos und sozial isoliert leben müssen. Wie ist so etwas mit der politischen Praxis einer "international offenen Wissenschafts- und Kulturstadt" vereinbar?

In einem Gespräch mit dem Leiter des Darmstädter Ordnungsamtes, Herrn Appel, an dem neben unserem Stadtverordneten Rainer Keil noch ein Bekannter der Frau und eine Sozialarbeiterin teilnahmen, konnte eine sofortige Abschiebung vermieden werden. Mittlerweile wurde die Duldung der Familie um drei Monate bis Ende September verlängert. Sollte ein Antrag auf gemeinsames Sorgerecht mit dem geschiedenen Mann für Frau Masarrat erfolgreich verlaufen, ist für sie ein Bleiberecht in Aussicht.

Das Schicksal der Familie Masarrat ist auch in unserer Region kein Einzelfall und macht deutlich wie notwendig es, ist dies öffentlich zu machen.

Weitergehende Informationen zum Thema unter www.proasyl.de

Abwasser

Die unendliche Geschichte von Friedhelm Spatz*

Die Debatten zur Abwasserproblematik in den Stadtverordnetenversammlungen im letzten Jahr waren wenig ergiebig. Kaum sachliche Aussagen, dafür allerdings gegenseitige Schuldzuweisungen. Und das obwohl jedem klar ist, dass alle Parteien am Verkauf des Klärwerks 1989 beteiligt gewesen sind. Allein die Bündnisgrünen haben damals gegen dieses Vorhaben gestimmt, bzw. haben vor der Abstimmung des Saal verlassen.

So wurde der Verkauf der Kläranlage 1988 ohne öffentliche Ausschreibung (das Verwaltungsgerichtsurteil spricht vom "freihändigen" Verkauf) und mit einem total ungenügenden Vertrag zwischen der Stadt und der Südhessischen durchgezogen. Unsere Fraktion hat in einer Großen Anfrage nachgefragt, wer zum damaligen Zeitpunkt Vorstand und Aufsichtsrat der Südhessischen und dem damaligen Magistrat angehörte. Die Antwort war durchaus interessant, zeigt sich doch auch hier die Verstrickung aller bürgerlichen Parteien. Der Verkauf der Kläranlage wurde durch einen gemeinsamen Antrag von SPD, FDP und CDU in die Wege geleitet. Keiner dieser Parteien hat also heute eine Berechtigung, sich als Hüter niedriger Gebühren zu präsentieren.

Die PDS-DKP/Offene Liste hat im Stadtparlament auch auf ein noch weiter zurück liegendes Ereignis hingewiesen: Die Umwandlung der damaligen Stadtwerke in die Südhessische Gas- und Wasser AG. Diese 1949 vollzogene Entscheidung, gegen die Stimmen der damaligen KPD-Fraktion, steht historisch gesehen in einer Linie mit dem Verkauf der Kläranlage 1988.

Die aktuelle Entwicklung hat gezeigt, dass auch die Umbesetzung im Magistrat an der

eigentlichen Problematik nichts geändert hat. Ob die Position des Kämmerers nun mit der Person Diekmann oder der Person Grünewald besetzt ist: Es mussten Gespräche mit der Südhessischen geführt werden. Die Südhessische ist eine Aktiengesellschaft. Die Aktionäre wollen eine ordentliche Dividende sehen. Dazu bedarf es der Gewinne, das ist im Kapitalismus nun mal so.

Der Bürger wiederum erwartet geringere Aufwendungen und weniger Kosten für die Tatsache, dass er sparsam mit dem kostbaren Nass umgegangen ist.

Wasser und Abwasser sind zentrale Bestandteile der Daseinsfürsorge. Jede Übertragung auf rein marktwirtschaftlich orientierte Unternehmen geht einher mit dem Verlust kommunalen Handlungsspielraums. Darmstadt ist hierfür ein gutes Beispiel: Die Stadt hat sich mit ihrem Vertrag langfristig an die Südhessische gebunden. Der Vertrag, der bis 2018 läuft, kann frühestens 2015 gekündigt werden. Erschwerend kommt hinzu, dass die Stadt Darmstadt ihren Anteil an der Südhessischen kontinuierlich auf derzeit ca. 54% abgesenkt hat. Durch die geplante Fusion von Südhessischer und HEAG wird der Handlungsspielraum weiter eingeschränkt, über Beteiligungen gewinnen Konzerne wie die Ruhrgas AG und E.ON an Einfluss.

Zur Zeit arbeitet man an einer neuen Gebührensatzung. Sie soll bis August zur Stadtverordnetenversammlung vorliegen, man darf also gespannt sein. Mit einem Mediationsverfahren, das ein Stadtforum initiierte, versucht die Stadt verlorenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Dies dürfte ihr allerdings so einfach nicht gelingen. Insbesondere die Mieterinnen und Mieter dürften den schwarzen Peter ziehen, denn ob ein Vermieter eine eventuelle

kurz berichtet 2

Olympische Spiele

Im Jahr 2002 und 2003 zahlt die Stadt Darmstadt jeweils über 20.000 Euro für die gemeinsame Olympiabewerbung der Rhein-Main-Region. Wir wenden uns gegen die Olympia-Bewerbung und die Unterstützung der Olympia-GmbH, weil dadurch unüberschaubare Verpflichtungen für einen nicht genau definierten Zeitraum eingegangen werden. Dieses Geld wäre zur Förderung lokaler Sportvereine - insbesondere im Kinder- und Jugendbereich - sinnvoller und besser angelegt. Selbst bei einem Zustandekommen der olympischen Spiele in der Rhein-Main-Region müsste die Stadt für die spätere Unterhaltung der neuen Sportstätten alleine aufkommen. Wir meinen, es gibt wichtigeres.

Rückzahlung an sie weitergibt ist mehr als fraglich. Mit Widerständen ist auch von Seiten der Industrie zu rechnen. Gerade Unternehmen mit großen versiegelten Flächen werden mit keinen Gebührensenkungen rechnen dürfen. Knackpunkt dürfte allerdings die weitere Zukunft der Kläranlage werden, ein Rückkauf wird geplant und von uns unterstützt, denn zur Wiedergewinnung des kommunalen Handlungsspielraumes halten wir langfristig eine Rekommunalisierung dieses wichtigen Bereiches für erforderlich. Nur so sind bezahlbare Gebühren auch für zukünftige Generationen zu sichern.

**Friedhelm Spatz arbeitet mit in der Fraktion der PDS-DKP/OL. Er ist Mitglied der DKP*

11. September

Das Herodes-Syntrom

von Herwig Meyer*

Die folgenden Zitate sind entnommen aus der "ungehaltenen Rede" des Stadtverordneten Rainer Keil, die am 27.9.2001 in der Stadtverordnetenversammlung zu halten nicht gestattet wurde:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ich glaube es gibt niemanden, der nicht betroffen wäre von den entsetzlichen Terroranschlägen in den USA. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gehören jenen Menschen, die dort Verwandte, Bekannte und Freunde verloren haben.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Leid, Schmerz und Trauer sind nicht teilbar. Viele Bürgerinnen und Bürger in Darmstadt waren ebenso entsetzt und betroffen als NATO-Bomber Belgrad und andere Städte in Jugoslawien bombardierten, Häuser und Fabriken in Schutt und Asche legten. Auch damals wurden viele unschuldige Menschen getötet. Dies geschah unter Bruch des Völkerrechts, der UN-Charta und des Grundgesetzes. In der vorliegenden Resolution wird der Regierung der USA ein "Selbstverteidigungsrecht nach der UN-Charta" zugesprochen. Ich

gegen Jugoslawien mehr als geschmacklos.

Selbstverteidigungsrecht - gegen wen? Bis auf den heutigen Tag wurden keine stichhaltigen Beweise präsentiert, die belegen könnten, wer für diese Anschläge verantwortlich ist, wie die Hintermänner und Drahtzieher heißen. In der Resolution wird weiter von einem "Anschlag gegen die Werte einer offenen und zivilen Gesellschaft" gesprochen. Welche Werte sind hier gemeint? Etwa jene Werte, die die USA und ihre Verbündeten veranlassen und veranlassen eine Reihe von Terror-Regimes zu unterstützen, wenn es ihren Interessen dient? Auch die Taliban und mit ihnen der als Hauptverdächtige angesehene Osama bin Laden wurden von den USA erst gefördert und mit Waffen ausgerüstet. Ich kann mich noch sehr gut an die Fernsehbilder erinnern die den CDU-Politiker Todtenhöfer zeigten. Mit Turban und einheimischer Tracht in den afghanischen Bergen, zusammen mit den sogenannten Freiheitskämpfern in seinem Kreuzzug gegen das damalige "Reich des Bösen", die Sowjetunion.

In der Resolution werden "die amerikanischen Bemühungen um ein weltweites Bündnis zum Kampf gegen den Terrorismus" begrüßt. (...)

Terrorismus kann man nicht mit Militäreinsätzen bekämpfen. Den

kurz berichtet 3

Mehr Transparenz

Unsere Fraktion beantragte im Juni das Erstellen eines Info-Blattes über die aktuelle finanzielle Lage der Stadt. Diese Information sollte einmal jährlich an alle Haushalte in Darmstadt versendet werden. Die Mehrheit im Haupt- und Finanzausschuss war aber der Ansicht, dass ein Versenden an alle Haushalte zu teuer sei. Die Broschüre wird aber an zentralen Stellen in Darmstadt ausgelegt und im Internet abrufbar sein.

Um die Arbeit des Magistrates für die Stadtverordneten durchschaubarer zu machen beantragten wir, dass die Protokolle der Magistratssitzungen den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden. Dem Antrag wurde gefolgt. Leider sieht der Magistrat aber rechtliche Bedenken, darin auch die Abstimmungsergebnisse zu veröffentlichen. Wovor die Stadträtinnen und Stadträte Angst haben konnte OB Benz nicht vermitteln.

Terroristen muss die soziale Basis entzogen werden, wir brauchen Anstrengungen hin zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, die alle am Reichtum teilhaben lässt und nicht zwei Drittel der Menschheit ausschließt. (...)

Der Inhalt der Rede des Abgeordneten Keil hat nichts an Aktualität verloren, im Gegenteil. In verschiedenen Teilen der Welt führen US-Amerikaner ständigen Krieg; zusammen mit ihren Hilfstrophen töten sie beinahe täglich Menschen, und sie bereiten weitere Kriege vor.

Nach Ende des Vietnamkrieges war die Hoffnung berechtigt, das



finde dies im Hinblick auf das Vorgehen beim Angriffskrieg

mus kann man nicht mit Militäreinsätzen bekämpfen. Den

Geschichte Aufarbeiten

Hindenburgstraße umbenennen

Die Stadtverordnetenfraktion PDS-DKP/Offene Liste Darmstadt hat in einem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung eine Umbenennung der Hindenburgstraße gefordert. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

"Angesichts des zunehmenden Antisemitismus und Rechtspopulismus setzt Darmstadt ein sichtbares Zeichen. Die Hindenburgstraße wird nach der in Darmstadt geborenen aktiven Hitlergegnerin Elisabeth Schumacher umbenannt."

In einem Schreiben an die Bewohnerinnen und Bewohner der Hindenburgstraße begründet der Stadtverordnete Rainer Keil den Antrag seiner Fraktion wie folgt:

"Am 30. Januar 2003 sind es 70 Jahre her, dass der damalige Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte.

Die Folgen sind bekannt: Über 50 Millionen Tote waren das Ergebnis des 2. Weltkrieges. "Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!"

Dieser Wahlslogan der Kommunistischen Partei Deutschlands zu den Reichspräsidentenwahlen 1932 hat sich leider bestätigt und wurde grausame Wirklichkeit.

"Mit Sentimentalitäten kann man keinen Krieg führen. Je unerbittlicher die Kriegsführung ist, um so menschlicher ist sie in Wirklichkeit."

Hindenburg
Aus: Ernst Friedrich, Krieg dem Kriege

Hindenburg wurde dem Volk immer als "Hüter der Verfassung", "Wahrer des Rechts", "neutraler Wächter über die Republik" dargestellt. In Wahrheit war Hindenburg ein eingefleischter Monarchist, Gesinnungsfreund von SA und SS und im 1.

kurz berichtet 4

Gemeinschaftshaus Rodgaustrasse

Die Fraktionen UFFBASSE, OS3, LEU, FRAUEN und PDS-DKP/Offene Liste brachten zu den Haushaltsberatungen 2001 den Antrag ein, endlich Planungsmittel für ein längst überfälliges Gemeinschaftshaus in der Rodgaustrasse bereitzustellen. Diese Mittel wurden dann auch, auf Antrag von Rot-Grün allerdings mit einem geringeren Euro-Betrag, in den Haushalt eingestellt. In den nächsten Wochen war dann in der örtlichen Presse zu lesen, wie vehement sich Hanno Benz und seine wackeren SPDler in Arheilgen für dieses Projekt eingesetzt und durchgesetzt hätten. Vom Antrag der kleinen Fraktionen kein Wort. Mittlerweile liegt eine Magistratsvorlage für ein DRK-Zentrum/Gemeinschaftshaus Rodgaustrasse vor. Es werden noch Wetten angenommen, wer dies als "seinen" großen Erfolg feiern wird.

Weltkrieg mit schwerer Blutschuld beladen. Sorgen machte er sich nur um seine engsten Freunde, die ostelbischen Rittergutsbesitzer, denen er über die sogenannte "Osthilfe" riesige Summen aus der Steuerkasse zuschanzte.

Leider ist nach wie vor hier in Darmstadt die Straße, in der Sie leben und arbeiten, nach diesem Herrn benannt. Wir halten dies für einen unhaltbaren Zustand (...).

Als Alternativvorschlag für Hindenburg haben wir die in Darmstadt geborene Hitlergegnerin Elisabeth Schumacher



Fortsetzung Seite 6

Fortsetzung v. S. 6 "Hindenburgstraße"

vorgeschlagen. Wer war Elisabeth Schumacher?

Elisabeth Schumacher, geb. Hohenemser, wurde am 28.4.1904 in Darmstadt geboren. Sie war Halbjüdin. Zusammen mit Arvid Harnack gehörte sie einer Widerstandsgruppe an, die von der Gestapo "Rote Kapelle" titulierte wurde. Nach dem Einmarsch der Hitlerarmeen in die Sowjetunion im Juni 1941 konzentrierte sich die Widerstandsgruppe auf die Verbreitung von Flugblättern und Aufrufen. (...)

In dem Gestapo-Abschlussbericht heißt es: „Wie gefährlich diese Gruppe war und geworden wäre, erhellt die Tatsache, dass sie u.a. Verbindungen unterhielt zum Reichsluftfahrtministerium, Oberkommando der Wehrmacht, Oberkommando der Marine, Reichswirtschaftsministerium, Universität Berlin – Außenhandelswissenschaftliche Fakultät, Volkshochschule Berlin, Propagandaministerium, Auswärtiges Amt- Informationsabteilung,



Elisabeth Schumacher

Stadtverwaltung Berlin, Rassenpolitisches Amt, Reichsstelle für Arbeitsschutz und dass sie Schriftsteller, Künstler, Dolmetscher, Fabrikanten, Philologen, Ärzte, Diplomaten, Offizier, Korrespondenten usw. als aktive Mitglieder umfasste."

Elisabeth Schumacher wurde am 22.12.1942 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Wir meinen das der Name dieser mutigen Frau für Ihre Straße würdiger ist als der des

kurz berichtet 5

Knell-Bebauung

Im Auftrag der Bahn AG wurde ein umfangreiches Gutachten über die Altlastensituation auf dem Gelände angefertigt. Dieses Gutachten wurde im Juni 2001 abgeschlossen und lag auch der Stadt Darmstadt vor. Die Stadt hat zur Überprüfung des Gutachtens ebenfalls einen Gutachter beauftragt. Wir kritisierten in der Stadtverordnetenversammlung die Tatsache, dass keines dieser beiden Gutachten den Stadtverordneten zur Kenntnis gebracht wurden. Über unseren Antrag auf Zurückstellung der Vorlage wurde abgestimmt. Für diesen Antrag stimmten noch die FDP, OS/3, Frauen und LEU.

Militaristen Hindenburg. Eine Umbenennung Ihrer Straße wäre ein weit über die Darmstädter Stadtgrenzen hinaus wirkendes Zeichen gegen Militarismus und Rechtspopulismus."

Stadt Darmstadt unterstützt Geschichtsrevisionisten

Geld für ein "Zentrum gegen Vertreibung"

Die Stadt Darmstadt unterstützt den Bau eines "Zentrums gegen Vertreibung" des rechtlastigen "Bund der Vertriebenen" (BdV) mit einem dreistelligen DM-Betrag. Das Zentrum soll bis 2005 in Berlin errichtet werden. Träger soll der erwähnte BdV werden. Man erwartet 160 Millionen Mark von Bund und Ländern dieses Projekt. Es solle in deutlicher "geschichtlicher und räumlicher Nähe" zum geplanten Holocaust-Mahnmal neben dem Brandenburger Tor angesiedelt werden. Die räumliche Nähe zum Holocaust-Mahnmal wird vom BdV damit begründet "die Juden seien letzten Endes in der ersten Phase auch Vertreibungsoffer gewesen."

Diese zynische Gleichsetzung von Tätern und Opfern ist kaum zu überbieten.

Die "Vertriebenen" waren in ihrer großen Mehrheit Wegbereiter für den Überfall Nazideutschlands auf seine Nachbarn und die darauf folgende Ermordung von Millionen von Juden und Osteuropäern in der Tschechoslowakei, Polen und der ehemaligen Sowjetunion. Sie waren in der Tschechoslowakei die ersten Nutznießer der deutschen Eroberungspolitik, sie plünderten ihre nichtdeutschen Nachbarn aus und zwangen sie zur Zwangsarbeit in deutschen Unternehmen. Das Recht dazu leiteten sie aus ihrer deutschen Herkunft ab.

Hier wird mit öffentlichen Geldern ein Wallfahrtsort für Rechtsextremisten gebaut, und die Stadt Darmstadt baut mit. Die Stadtverordnetenfraktionen von OS/3 und PDS-DKP/Offene Liste verteilten während der Magistratssitzung Flugblätter, auf denen auf diese Zusammenhänge hingewiesen wurde.

Der Darmstädter Bürgermeister Horst Knechtel, der immer wieder an Versammlungen des BdV in Darmstadt teilnimmt, und Oberbürgermeister Peter Benz zeigen hier wieder einmal mangelnde Distanz zu rechten Gruppierungen und Personen.

Prestigeobjekt**Das Kongress- und Wissenschaftszentrum und die Demokratie**

In der Stadtverordnetenversammlung vom 28. August 2001 stimmte eine große Mehrheit der Stadtverordneten dem aus dem Architekten-Wettbewerb erfolgreich hervorgegangenen Entwurf des Architekten Talik Chalabi als Grundlage für die Errichtung eines Kongress- und Wissenschaftszentrums zu. Dagegen stimmte neben PDS-DKP/Offene Liste nur noch OS/3.

Oberbürgermeister Peter Benz



sieht eine breite Zustimmung in der Darmstädter Bevölkerung für dieses Bauvorhaben. Diese "breite Zustimmung" leitet er aus der Unterstützung der meisten im Stadtparlament vertretenen Parteien ab.

Ein problematisches Verständnis von Demokratie. Es sei auf die Wahlbeteiligung bei den zurückliegenden Kommunalwahlen verwiesen: Nicht einmal 50 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und

Bürger gaben ihre Stimme ab. Die dort vertretenen Parteien repräsentieren also nicht einmal die Hälfte der Darmstädter Bevölkerung. Hier von breiter Zustimmung zu reden ist wohl erheblich übertrieben. Und gefragt wurde die Bevölkerung zu diesem Thema nicht, denn das Kongress- und Wissenschaftszentrum hat im Kommunalwahlkampf keine Rolle gespielt.

Noch weiter ging der FDP-Fraktionsvorsitzende Swyter. Er meinte gar, einem solchen Bauvorhaben würde zu viel Demokratie nur schaden. Wie viel Angst und Misstrauen muss man eigentlich vor der eigenen Bevölkerung haben, um derartiges von sich zu geben?

Nach wie vor steht in den Sternen, was das ganze Kongress- und Wissenschaftszentrum kosten wird. In den Prognosen der Stadt sind nach wie vor die Kosten für die Freimachung des Grundstücks, der Erschließung und der Außenanlagen nicht enthalten. Gleiches gilt für die Nebenkosten wie Ingenieurleistungen. Unserer Einschätzung nach dürfte es ca. 200 - 250 Millionen DM kosten. Was davon die Stadt zu tragen hat ist ebenso unklar.

Vom Gesamtvolumen her ist dieses Bauvorhaben gewaltig und sicher für die Stadt Darmstadt das mit Abstand größte. Allein dies wäre schon Grund genug die

Fortsetzung v. S. 1

von PDS und DKP erhielt bei den letzten Kommunalwahlen 1,3 Prozent der Stimmen und hat einen Sitz in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung.

Sie werden sich vielleicht fragen warum eine solche Zeitung? Es gibt doch das "Echo" und andere Tageszeitungen.

Nicht jeder liest das "Darmstädter Echo" - Spötter meinen dies sei kein Verlust - oder eine andere Zeitung. Viele Initiativen unserer Fraktion finden in der örtlichen Presse keine Erwähnung - man schreibt eben ungern über Linke. Die politische Zensur funktioniert immer noch. Sei es unser Einsatz gegen die geplante Abschiebung einer Familie aus Darmstadt oder seien es Initiativen für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung - im "Echo" ist darüber nichts zu lesen.

Deshalb: Machen Sie sich selbst ein Bild, lesen Sie diese Zeitung, nutzen Sie unter www.pds-dkp-old.de unser Internetangebot. Alle unsere Anfragen, Anträge, Redebeiträge oder Publikationen sind dort einsehbar.

Oder setzen Sie sich mit uns in Verbindung. Als Stadtverordneter bin ich für Sie da und ansprechbar.

Ihr

Rainer Keil

Bürgerinnen und Bürger über ein solches Projekt seriös zu informieren und entscheiden zu lassen.

PDS - DKP/Offene Liste
Stadtverordnetenfraktion
c/o Rainer Keil

Heinrich-Fulda-Weg 13
64289 Darmstadt

Tel.: 06151-66 90 310

Fax: 06151-66 90 533

E-Mail: info@pds-dkp-old.de

Internet: <http://www.pds-dkp-old.de>